

**Statement Prof. Dr. Klaus J. Bade**  
**Pressekonferenz: Vorstellung StiftungsReport 2008/09,**  
**Bundesverband Deutscher Stiftungen, 12.6.2008, Berlin.**

**Stichwort 1:**

**Integration als Aufgabenfeld und Gestaltungsdimension**

Alle reden von Integration. Viele haben unterschiedliche Vorstellungen davon. Weithin aufgenommen wurde die operationale Definition des Zuwanderungsrates (2004):

Integration ist die danach möglichst chancengleiche Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, also an Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Erziehung, Bildung und Ausbildung, Wohnen und Wohnumfeld. Das gleiche gilt für die Teilhabe an den Fürsorge- und Schutzsystemen für Gesundheit und Recht u.a.m.

Integration kann man auf dieser Basis in einem modernen Einwanderungsland in drei Kreisen diskutieren:

1. Im engsten Kreis geht es um die Integration der zugewanderten und der schon im Land geborenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund.
2. In einem weiteren Kreis geht es um Integration als Gesamtaufgabe der Einwanderungsgesellschaft – unter Einbeziehung also auch von im Sinne von Integration als Teilhabe nicht oder nicht mehr zureichend integrierten Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund.

Auch sie können – z.B. infolge unzureichender Qualifikation, prekärer Soziallage und insbesondere von dauerhafter Arbeitslosigkeit – in einen Sog desintegrativer Faktoren geraten sein, aus dem sie sich nicht mehr selbst befreien können ohne geeignete, die Komponenten von ›Fördern und Fordern‹ verbindende Konzepte.

3. Im dritten, weitesten Kreis geht es um die interkulturell verschärfte Gretchenfrage postindustrieller Einwanderungsgesellschaften im Globalisierungsprozess: Was hält unsere kulturell vielfältiger werdenden Gesellschaften eigentlich zusammen – die deutsche als Teil der europäischen Gesellschaft, die europäische als Teil der atlantischen, die atlantische als Teil einer Weltgesellschaft, so es eine solche in der bislang

erdachten Form überhaupt schon oder noch gibt? Welches sind die dazu nötigen identitätsstiftenden und in Spielregeln der sozialen Kommunikation übersetzbaren konsensualen Werte und Normen? Das ist auch eine der übergreifenden Leitfragen des Stiftungstages in München, dessen Vorbote der StiftungsReport 2008/09 ist.

Auf der Ebene darunter liegt die Frage nach der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Land, um die es mir hier geht.

### **Stichwort 2:**

#### **Von Grundsatzdebatten zur pragmatischen Integrationsförderung**

Bis in die 1990er Jahre hinein war die Integrationsdiskussion in Deutschland überschattet von Grundsatzdebatten um die – angesichts der normativen Kraft der sozialen Fakten längst überflüssige – Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei.

Der Wandel zur Akzeptanz der Einwanderungssituation und schließlich zu aktiver, konzeptorientierter Integrationspolitik kam in drei Stufen:

1. mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 2000,
2. mit dem Zuwanderungsgesetz 2005 und
3. mit der darauf gegründeten Umsetzung konzeptorientierter Integrationspolitik – von der Einrichtung des Nürnberger Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit seinen Integrationsprogrammen bis hin zu Integrationsgipfel und Deutscher Islamkonferenz.

Die pragmatische Integrationsförderung ist nicht aus dem politischen Himmel gefallen. Es gab sie in vielen richtungweisenden Ansätzen schon Jahrzehnte zuvor: bei den Wohlfahrtsverbänden, an die diese Aufgabe delegiert worden war, bei den Kommunen, bei den Ausländer- bzw. Integrationsbeauftragten – und eben bei den Stiftungen.

### **Stichwort 3:**

#### **Integrationsförderung durch Stiftungen**

In der öffentlichen und politischen Diskussion über Integrationsfragen dominiert die einseitige Konzentration auf abschreckende Stichworte wie ›Ehrenmorde‹, ›Zwangsheiraten‹, ›Genitalverstümmelungen‹ und ›Parallelgesellschaften‹ als selbst gewählte ›Ghettosituationen‹, organisiert in ›ethnischen Kolonien‹ als Zentren von Kriminalität und häuslicher Ge-

walt. Kein Zweifel: Es gibt diese Probleme und man sollte sie nicht schönzureden suchen. Wir brauchen vielmehr klare Antworten darauf.

Das zentrale Integrationsproblem aber ist die Benachteiligung der Zuwandererbevolkerung in Bildung, Ausbildung und beruflicher Qualifikation bzw. Weiterqualifikation. Sie bildet die Grundlage für eine oft unverschuldete, aber lebenslang wirkende Benachteiligung, aus der sich viele Anschlussprobleme ergeben.

Die Folgen schwächen uns wirtschaftlich und im Blick auf die Sozialsysteme: Die Studie der Bertelsmann Stiftung vom Januar 2008 über die ›Gesellschaftlichen Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland‹ bestätigt schon frühzeitig vorgebrachte Warnungen: Bezogen auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter ergibt sich eine jährliche Gesamtsumme an Folgekosten unzureichender Integration in Höhe von bis zu rund 16. Mrd. Euro (11,8 bis 15,6 Mrd. Euro).

Die Folgen unzureichender Integration können schon mittelfristig aber auch den sozialen Frieden in der Einwanderungsgesellschaft gefährden; denn: Die dauerhafte Sicherung des sozialen Friedens in einer Einwanderungsgesellschaft hängt entscheidend ab von dem Gelingen von Integration im erwähnten Sinne möglichst gleicher Teilhabechancen. Demgegenüber beleuchten die Bildungsdaten in Deutschland ein dramatisches, soziale Spannung erzeugendes Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Partizipationschancen von Mehrheitsgesellschaft und Zuwandererbevolkerung.

Wir brauchen in diesem Zusammenhang nicht nur begleitende Integrationsförderung im Sinne des Zuwanderungsgesetzes, sondern auch nachholende Integrationsförderung zur Begrenzung der Folgeschäden von Versäumnissen der Vergangenheit.

Stiftungen haben diesen Integrationsbedarf frühzeitig erkannt und gegenüber der ›neuen Sozialen Frage‹ (Heiner Geißler) eine Pionierrolle übernommen. Sie erinnert in mancher Hinsicht an die Rolle von kirchlichen und privaten Initiativen gegenüber der – freilich viel gewichtigeren – klassischen Sozialen Frage des 19. Jahrhunderts, bei der der Staat ebenfalls erst viel später auf den Plan trat.

In Sachen Integrationsförderung gibt es heute in Deutschland schon lange keine Erkenntnislücke mehr, sondern ein Umsetzungsproblem. Stiftungsinitiativen setzen auch hier Maßstäbe und belegen damit zugleich in Pionierfunktion die Machbarkeit des Wünschbaren.

Unter den Trägern von Integrationsförderung im Stiftungsbereich gibt es private, unternehmensnahe, partei- und gewerkschaftsnahe Stiftungen sowie Kooperationen privater Stiftungen mit öffentlichen Akteuren auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene; dazu kommen die vielgestaltigen Bürgerstiftungen, die zu einer bundesweiten Bewegung zusammenwachsen.

Von den in der Integrationsförderung engagierten privaten und unternehmensnahen Stiftungen nenne ich hier als Beispiele nur – sicherheitshalber in neutraler alphabetischer Reihenfolge – die Stifter- und Stiftungsnamen: Bertelsmann, BMW, Bosch, Freudenberg, Hertie, Interkultur, Körber, Mercator, Schader, Vodafone und die noch junge Polytechnische Gesellschaft sowie, im Bereich der Integrationsförderung durch einschlägige Forschungsförderung, die VolkswagenStiftung. Sie und andere können staatlichen Akteuren als Vorbild dienen, aber auch als Partner in Public Private Partnerships.

Zwei mustergültige bundesweite Initiativen will ich vor dem Hintergrund von Integration durch Bildung besonders hervorheben:

- einerseits das START-Programm der Hertie-Stiftung, das jungen Menschen den Weg zum Abitur und damit zur Hochschulreife ebnet und
- andererseits das Bildungsangebot der Mercator-Stiftung, in deren Förderschulen sprachlich benachteiligte Kinder mit Migrationshintergrund beim Spracherwerb wie auch beim Lernen fachlicher Inhalte von Lehramtsstudenten gefördert werden, die ihrerseits auf diese Weise Praxiserfahrung in der Lehre sammeln.

Neben der begleitenden und nachholenden Integrationspolitik brauchen wir eine vorausplanende Integrationspolitik, die aus den Folgen von Versäumnissen der Vergangenheit in der Gegenwart lernt für die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft in der Einwanderungsgesellschaft. Sie muss einer viel zu wenig bekannten Tatsache Rechnung tragen: Integration ist ein langfristiger, oft intergenerativer Kultur- und Sozialprozess mit fließenden Grenzen zur Assimilation.

Auch Millionen deutscher Einwanderer haben in der überseeischen Neuen Welt des 19. Jahrhunderts oft bis zu drei Generationen gebraucht, bis aus Deutschen in Amerika (1. Generation) und Deutsch-Amerikanern (2. Generation) schließlich Amerikaner deutscher Herkunft (3. Generation) geworden waren.

Integrationsförderung darf sich aber nicht nur an die Adresse der Menschen mit Migrationshintergrund richten. Sie muss auch die Mehrheitsgesellschaft einbeziehen, weil Integrationsförderung ohne Akzeptanzbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft eine gesellschaftspolitische Luftnummer bleibt.

Auch hier gibt es ein gewaltiges Aufgabenfeld, in dem sich Stiftungen als manifeste Stimmen der Zivilgesellschaft nachdrücklich zu Wort melden. Stiftungen mehren damit die aktive Akzeptanz der Einwanderungssituation. Auch davon berichtet der StiftungsReport.

Prof. em. Dr. phil. habil. Klaus J. Bade: bis zur Emeritierung im Sommersemester 2007 o. Univ. Prof. für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück. Begründer des Osnabrücker ›Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien‹ (IMIS) und des bundesweiten Rates für Migration (RfM).. Fellowships: Center for European Studies der Harvard University (1976/77), St. Antony's College der Oxford University (1985), Wissenschaftskolleg zu Berlin (2000/01), sowie am NIAS, Wassenaar, NL (1996/97, 2002/03). Leiter deutscher und internationaler wiss. Forschungsprojekte; Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Vereinigungen, Kommissionen, Kuratorien und Beiräte. Autor und Herausgeber von mehr als 40 Büchern zur Kolonialgeschichte, zur Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte sowie zur Entwicklung von Bevölkerung und Wanderung in Geschichte und Gegenwart; Preise/Ehrungen zuletzt: Philip Morris Forschungspreis 2002; Möser-Medaille der Stadt Osnabrück 2005; Preis der Helga und Edzard Reuter-Stiftung 2006; Verdienstkreuz 1. Kl. des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ([www.kjbade.de](http://www.kjbade.de)).